

Die Kapitalisten wollen keinen Faschismus, sie müssen ihn wollen. Gesetze, die den Faschismus vorbereiten

In München fand am 10. Mai eine beeindruckend große Demonstration mit über 30.000 Teilnehmenden gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) statt <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/massenproteste-in-muenchen-menschen-demonstrieren-gegen-polizeigesetz-1.3974427>

Sehr ermutigend ist, dass so viele Menschen aus unterschiedlichen politischen Organisationen und Unorganisierte auf die Straße gehen und ein deutliches Zeichen gegen die Repressionmaßnahmen setzen, die am schärfsten im bayerischen „Frei“staat politisch durchgesetzt und praktisch umgesetzt werden.

Im Folgenden wird geschildert, wie der Protest politisch vereinnahmt und gelenkt wurde, um nicht über bürgerlich-demokratische Forderungen hinauszugehen und die Ursachen und Akteure nicht zu benennen. Es gilt aber für Antifaschisten, Ross und Reiter zu benennen.

Das noPAG-Bündnis

Der Putztrupp

Circa einen Monat vor dem großen Demotermin wurden im Aktionsbündnis noPAG überfallartig und diffamierend bei einem Bündnistreffen wurde der Vorwurf des Antisemitismus vor allem von Personen vorgetragen, die zuvor nicht im Bündnis waren und anonym bleiben wollten: unter anderen gegen Nait Debout Munich, einen Redakteur von Rubikon, AcTVism Munich und Personen aus dem „Münchner Bündnis gegen Rassismus und Krieg“. Den Beschuldigten wurde aggressiv und sogar handgreiflich verwehrt gegen die Vorwürfe Stellung zu nehmen, die da etwa lauteten, einen Vortrag von Prof. Ganser vor Jahren in Facebook geteilt oder geliked zu haben. RT Deutsch berichtete ausführlich über diesen Vorfall

<https://deutsch.rt.com/meinung/68533-muenchens-inquisitoren-oder-bayerischen-putztruppen-des-imperiums/>

Und der Rest

Übrig blieben im neu installierten Sprecherrat des Bündnisses Vertreter von Mut, Claudia Stamm, von SPD, Florian Ritter, und Grünen, Dominik Krause, die aktiv bei der konzertierten Ausgrenzungsaktion beteiligt waren und in der Folge einen Aufruf gegen das PAG veröffentlichen konnten, der das Augenmerk nur auf die letzte Änderung und Erweiterung des PAG richtet. Diese Änderung wurde in Bayern durch den Landtag verabschiedet und ist seither in Kraft. Es ermächtigt die Polizei durch geheimdienstliche Befugnisse, bürgerliche Individualrechte zu brechen. Eine genauere Beschreibung des Gesetzes findet sich weiter unten.

Der Demonstrationsaufruf noPAG ist dadurch anschlussfähig an die berechtigte Sorge ansonsten des unpolitischen Bürgers, die Repression werde auch ihn treffen,

obwohl er doch nichts zu verbergen habe, nicht kritisch auffällig geworden sei. Nach dem Motto „Mein Handy gehört mir.“

Der Aufruf verkennt oder verbirgt die viel größere Dimension der Polizeigesetze, hinter denen eine langfristige staatliche und keineswegs nur bayerische Strategie der Widerstandsbekämpfung unschwer zu erkennen ist.

Der Vorfall zeigt außerdem einmal mehr, wie der Verdacht des Antisemitismus, der Querfront und der Verschwörungstheorie als Herrschaftsinstrument zur Diffamierung und Unterdrückung von kritischen Meinungen genutzt wird und antideutsche Netzwerke in Bündnissen und Parteien, auch unserer, arbeiten - Hand in Hand mit etablierten „Demokraten“ zur Verteidigung bürgerlicher (Un)Ordnung und des reaktionären Roll-Backs.

Der 1. Mai

Der Offene Brief

Vor dem 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiter, forderten aktive Gewerkschafter in einem Offenen Brief den DGB München auf, das Bayerische Polizeiaufgabengesetz auf der 1.-Mai-Kundgebung deutlich zu verurteilen, zur Demonstration am 10. Mai aufzurufen und die Demonstration vom Gewerkschaftshaus zum Marienplatz über den Platz der Opfer des Nationalsozialismus zu lenken und so vor einer Wiederholung der Geschichte zu warnen, in der München schon einmal die Hauptstadt der Bewegung war. Die 170 Gewerkschafter, die innerhalb einer Woche unterschrieben hatten, erhielten nicht einmal eine Antwort. Nur ein Vertreter der ver.di-Jugend traute sich, auf der Kundgebung zur Teilnahme am Protest aufzurufen.

DGB – Politische Interessensvertretung der Arbeiterschaft?

Was klemmt da beim DGB? Zum einen natürlich die alteingesessene sozialdemokratische Staatstreue, die jedweden kämpferischen Standpunkt zu Gunsten von Sozialpartnerschaft und systemtragenden Kompromissen längst über Bord geworfen hat. Das ist wahrlich nichts Neues, an jedem Tarifabschluss und Arbeitskampf – man denke nur an den IG Metall – Abschluss, verlogenerweise gefeiert als Flexibilisierung und Verkürzung der Arbeitszeit! – und stete Aufgabe klassenkämpferischer Gewerkschafter, dagegen in Opposition zu gehen. Folglich nimmt der DGB die politische Interessensvertretung der Arbeiterschaft nicht wahr, wie der letzte 1. Mai in München wieder überdeutlich macht. Zu schlechter Letzt nimmt der DGB Rücksicht auf die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die nach eigenen Aussagen seit Jahren auf die neuen Polizeigesetze hinarbeitet (s.u.) und sie befürwortet - und dem DGB mit Austritt aus der Einheitsgewerkschaft droht. Umgekehrt ist aber der Ausschluss der GdP aus dem DGB die richtige Forderung. Rücksichtnahme auf den bewaffneten Arm des bürgerlichen Staates, des Klassenfeindes, sogar Rücksichtnahme auf die rechte Bewegung, wie der Skandal um das wachsweiße Verhalten des DGB München anlässlich des Antifaschistischen Kongresses November 2017 zeigte.

<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/politik-gesellschaft/antifa-kongress-muenchen-100.html>

Der Rote Block

Um einen klaren Klassenstandpunkt und historische Wachsamkeit in den 1. Mai zu tragen, der vom DGB seit Jahren als harmlose Latschdemo und Würschtlfresserei (so die allgemeine Rede von Gewerkschaftern uns sich) gestaltet wird, beteiligte sich die AKL Bayern am „Roten Block“ innerhalb der DGB-Demo- und Kundgebung, der aus Gewerkschaftern, Ausgestossenen aus dem noPAG-Bündnis, Kommunisten aus dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, vielen jungen Leuten aus kurdischen Bewegungen und Einzelpersonen verschiedener Provenienz bestand. Parolen wie „Weg mit Polizeigesetzen, die den Faschismus vorbereiten“ wurden gerufen und gezeigt. Demonstrativ zog der Rote Block während der gewohnten Jubelreden der Gewerkschaftsführungen vom Marienplatz aus zum Platz der Opfer des Nationalsozialismus, wo kurze Lesungen aus Brechtgedichten und Reden vor ca. 150 Personen vorgetragen wurden. Eine kleiner Film berichtet darüber.

<https://drive.google.com/file/d/1eKAqmi2lahvdrAfLvXRzVPfYmmm-WdBD/edit>

Der 10. Mai

Wo sind sie denn, die Gewerkschaften?

Unter den Zehntausenden Demonstranten fanden sich dann am 10 Mai wie erwartet und beschämenderweise allenfalls eine Handvoll kleiner ver.di-Fahnen.

Gewerkschaften und DGB traten weder in der Menge noch auf dem Podium auf! Sehr mutig und als Einzige formulierte die ver.di-Gewerkschafterin Hedwig Krimmer vom Podium herab:

„Ich spreche heute gerne zu Euch, aber ich sage Euch: Eigentlich müsste heute und hier nicht ich, sondern jemand ganz anderes von den Gewerkschaften stehen. Nicht die kleine Gewerkschaftssekretärin vom ver.di-Arbeitskreis Aktiv gegen rechts – hier müsste der der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bayern stehen, Matthias Jena! Ich bin im Bündnis immer wieder gefragt worden: Wo sind sie denn, die Gewerkschaften? [...]

Ich stehe heute hier, weil ich will, dass die Gewerkschaften NICHT wieder wie 1933 vor lauter Staatstreue, vor lauter Furcht vor den eigenen Möglichkeiten, sich der Staatsmacht andienen, um dann von dieser verboten und physisch vernichtet zu werden. [...]

Lasst uns weiter gemeinsam gegen die Grenzen der Gesetze kämpfen – so wie heute.

Aber lasst uns auch die Grenzen in unseren eigenen Köpfen niederreißen: Ihre Un-Ordnung ist NICHT das Ende der Menschheitsgeschichte!

Lasst uns darüber diskutieren, lasst uns darüber reden, lasst uns dafür handeln, so wie es vor 50 Jahren eine durch die Studentenbewegung aufgerüttelte Gesellschaft getan hat!“

Der Rote Block

Der Rote Block, der schon am 1. Mai aufgetreten war, formierte sich für die große Demonstration am 10. Mai wieder. Die Initiative ging vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und der AKL Bayern gemeinsam aus und wurde durch Genossen und Genossinnen aus anderen Städten verstärkt. Wir waren unübersehbar mit einem Riesentransparent von 35 Metern Länge, das am Anfang und Ende der Demonstration aufgestellt wurde, mit weiteren Großtransparenten, Plakaten, die an andere Demonstranten ausgegeben wurden, mit Handzetteln, von denen 2000 Stück verteilt wurden, Sprechchören und Musik.

Die Parolen auf den Transparenten und in den Sprechchören lauteten:

„Sturz der Regierung in München und Berlin – oder Faschismus und Krieg. Organisiere dich!“

„Weg mit Polizeigesetzen, die den Faschismus vorbereiten“

„Weg mit dem völkischen Leitzkulturgesetz und allen Gesetzen die den Faschismus vorbereiten“

„Bayern war schon mal der Anfang – Heute wieder Schutzhaft – morgen wieder Dachau – nieder mit der CSU“

„Sturz der Regierung in München und Berlin – nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“

Die Auftritte des Roten Blockes auf der Demonstration waren ein großer Erfolg, die viel Zuspruch von verschiedensten Seiten fanden und vor allem – denn das ist wichtig – den Protest politisierten und in Richtung eines klaren Klassenstandpunkts zuspitzten. Diese Aktionsbündnis soll in der Zukunft genutzt werden, um die AKL Bayern als Brücke zu klassenbewussten Bewegungen zu nutzen, um Menschen zu organisieren und aktivieren, die in Richtung Sozialismus weiterarbeiten wollen.

Organisierung am 18. Mai

Dazu veranstalteten AKL Bayern und Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD in München ein Treffen zu Information, Abstimmung und Organisierung unter dem Titel:

„Wer den Faschismus verhindern will, muss den Kapitalismus stürzen“.

Aus dem Ankündigungstext:

„Bei der neuerlichen Änderung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes handelt es sich nur um einen kleinen Baustein in einer ganzen Reihe von materiellen und politischen Maßnahmen, die seit Jahren und gezielt von der Regierung in München und Berlin umgesetzt werden. Vorbereitet werden Unterdrückung und Niederschlagung von Streiks und Aufständen. Zuerst richten sich die Repressionen gegen Migranten und Jugendliche, gemeint sind aber die Arbeiter und letztlich alle, die Widerstand gegen Ausbeutung und Krieg leisten.“

Wir informieren und verständigen uns über

- Stand der Verfolgung der Jugend und Arbeiter und Gesetze, die den Faschismus vorbereiten
- materielle Vorbereitung des Kriegs gegen das eigene Volk
- warum der Kapitalismus den Faschismus braucht, wir aber eine neue Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln brauchen

- Sturz der Regierung - Volksfrontregierung, Vorbilder in der Geschichte
- unsere Aufgaben heute

Wir organisieren uns und planen konkrete Aktionen.“

Auf der Veranstaltung waren ungefähr 30 Personen anwesend, es wurde über drei Stunden berichtet und sehr intensiv diskutiert. 20 Personen verabredeten sich, um für weiteren Widerstand zu planen. Den organisatorischen Rahmen dazu gibt die AKL Bayern.

Die Kritik

An den genannten Positionen gab es im Vorfeld Kritik von außerhalb und innerhalb der AKL. Im Folgenden sollen die Kritikpunkte dargestellt und unsere Argumente benannt werden. Dies ersetzt natürlich nicht Diskussion und Klärung, die innerhalb der AKL Bayern erfolgen muss, soll sie aber erleichtern und die Diskussion in andere AKL-Länder und -Gremien tragen.

Die Diffamierungen von Seiten der Antideutschen, Grünen und Sozialdemokraten wurden schon oben geschildert und sind nicht satisfaktionsfähig, da völlig unsachlich und zusammenhanglos.

Undemokratisch?

Bürgerlichen Mahnern, zum Sturz der Regierung aufzurufen, sei undemokratisch, seien Brechts Worte ans Herz gelegt: *„Der Anstreicher kam zur Macht nicht nur durch einen Staatsstreich, sondern auch auf gesetzmäßige Weise. Seine Partei war plötzlich die größte aller Parteien, so daß ihm die Bildung der Regierung nach dem Gesetz zustand. Im Volk herrschte die größte Verwirrung. Viele stimmten für den Bekämpfer der Demokratie, weil sie Demokraten waren. Dann gab es die vielen Unzufriedenen, die mit bestimmten Parteien unzufrieden waren, nämlich den vorhandenen, und auf die Partei des Anstreichers blickten als auf eine, die noch nicht regiert, also noch nicht versagt hatte. Die Kälber, unzufrieden mit ihren Scherern und Futtermeistern und Hütern, entschieden, nun einmal den Metzger ausprobieren zu wollen.“*

Am Bewusstsein der Massen anknüpfen?

Von verschiedenen Seiten inner- und außerhalb der AKL wurde grundsätzliches Einverständnis signalisiert, aber empfohlen, auf scharfe Formulierungen zu verzichten (wie „Sturz der Regierung“, „Faschismus vorbereiten“). In Zeiten stark anwachsender faschistischer Bewegungen (Pegida & Co.) sollten wir vorsichtig sein, am Bewusstsein der Massen anknüpfen zu wollen. Dieses Argument wird immer als taktisches vorgeschlagen, angemerkt wird, dass „die Menschen noch nicht soweit sind“ und durch allzu klare Sprache abgeschreckt würden. Im gleichen Atemzug wird beteuert, dass das Ziel (Sozialismus) und die Strategie dahin (breite Mehrheiten gewinnen) geteilt werde, aber noch in weiter Ferne liege und wir auf kleinen, also leisen Schritten dahin kämen.

Diese Taktik „am Bewusstsein der Massen anzuknüpfen“ endet dann notwendigerweise in einer abgesofteten, eingebürgerten Sprache, die sich allenfalls unter der Lupe von Sozialdemokraten unterscheidet. Wie soll so unser Ziel Sozialismus

in die Massen hineingetragen werden? Wenn wir an dem Bewusstsein der Massen anknüpfen, sind wir zwar viele, aber nicht unterscheidbar. Halten wir es lieber mit Marx und Engels *“Die Kommunisten verschmähen es, ihre Absichten und Ziele zu verbergen.”* (Kommunistisches Manifest) oder mit Rosa Luxemburg: *„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“* Und das laut und deutlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Faschismus vorbereiten?

Der am häufigsten genannte Einwand lautete, man dürfe hier nicht von Faschismus reden.

Dieser Einwand aus dem gesamten linksliberalen Lager (diverse Friedensbündnisse, DIE LINKE, Gewerkschaften, attac usw.) und von verschiedenen trotzkistischen Organisationen (SAV, Marxistische Jugend, ISO usw.) musste grob die Formulierung unseres Aufrufes verfälschen, indem unterstellt wurde, wir sprächen von Faschismus oder von „unmittelbarer Vorbereitung“. Oder es wurde vorgeschlagen, die Formulierung „Faschismus vorbereiten“ zu ersetzen durch „Repression die mittel- oder langfristigen Weg zum Faschismus ebnen könnte“.

Notstand der Republik - Materielle Grundlagen

Aus Platzgründen in dürren Worten, macht die folgende Zusammenfassung augenscheinlich, wie das Monopolkapital im Bedarfsfalls die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform gegen die offene und brutale Herrschaftsform des Faschismus austauscht und dies, Lehre aus den 20er Jahren!, schon in der bürgerlichen Demokratie vorbereitet.

Der bewaffnete Arm des Staates

Nach den Erfahrungen mit dem Hitler-Faschismus wurde im Grundgesetz (Art. 30) festgelegt, dass die unterste Exekutive, die Polizei, föderalistisch organisiert sein muss und ein Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten gilt. Beide Verfassungsgrundsätze sind seit den 90er Jahren und vor allem seit 2005 durch die Gründung des

GTAZ (Gemeinsames Terrorabwehrzentrum) verfassungswidrig außer Kraft gesetzt. Im GTAZ arbeiten in täglichen Lagebesprechungen 40 nationale Behörden zusammen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz
- Bundeskriminalamt
- Bundesnachrichtendienst
- Generalbundesanwalt
- Bundespolizei
- Zollkriminalamt
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Militärischer Abschirmdienst
- Landesämter für Verfassungsschutz
- Landeskriminalämter



Bundes- und Länderpolizeien wurde seit 2004 personell deutlich aufgerüstet: Heute arbeiten 380.000 Polizisten, das ist ein Polizist auf 177 Einwohner (früher 1:400).

Die Bundesländer legten Anti-Terror-Programme in Höhe von mehr als 210 Milliarden Euro auf. Spitzenreiter ist Bayern: Von 2015-2017 investierte das Land für bessere Ausstattung seiner Polizeibehörden rund 57 Millionen Euro.

Ausrüstung neuerdings: Radpanzer Survivor R (Rheinmetall), geeignet für den Häuserkampf, feuerfeste Anzüge, Handgranaten



https://www.rheinmetall-defence.com/de/rheinmetall_defence/systems_and_products/vehicle_systems/armored_wheeled_vehicles/survivor/index.php

Der Survivor R in Sachsen trägt eine Stickerei, die wegen ihrer auffälligen Ähnlichkeit zu Nazisymbolen zu Protesten führte, inzwischen wird sie wieder entfernt.



BKA: Das Bundeskriminalamtsgesetz wurde 2008 novelliert, worauf es heftigen Widerstand gegen die Verletzung des Trennungsgebotes, den fehlenden Richtervorbehalt und die Verwendung des undefinierten Begriffs „drohende Gefahr“ gab. Das Bundesverfassungsgericht monierte die Schwachstellen und forderte eine Überarbeitung. Das neue BKA-Gesetz tritt jetzt, am 25. Mai 2018 in Kraft und enthält, diesmal wasserdicht alle gewünschten Elemente: Einsatz von verdeckten Ermittlern, akustische und optische Überwachung von Wohnungen, Telekommunikationsüberwachung, drohende Gefahr, Vorfeldermittlungen, in denen das BKA nicht der Leitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft unterliegt.

Personal: 42.000, davon 35.000 bewaffnete Vollstreckungsbeamte

GSG9 ist die Elitetruppe der Bundespolizei, Personalstärke geheim (ca. 400), Aufstockung aktuell geplant, Ausrüstung: Fliegerstaffel, Pistolen, Sturm- und Maschinengewehre Heckler-Koch

eingesetzt z.B. bei der Bürgerkriegsübung 2016 in München nach dem OEZ-Attentat und nach dem Attentat am Breitscheidplatz in Berlin Dez 16. Wöchentliche Nachwuchsgewinnung in Bamberg (BPOLAFZ)

Zoll: Zur Bundespolizei gehört auch der Zoll, der Zugang zu Betrieben, Büros und Baustellen hat, dort überprüfte er 2014 500.000 Arbeiter in 63.000 Betrieben teils bewaffnet mit sog. Sicherheitsüberprüfung, dient also der Kontrolle der Leiharbeiter und Arbeiter in schlecht bezahlten und prekären Jobs. Einsätze auch innereuropäisch.

Personal: 39.000, Aufstockung im Koalitionsvertrag

SEK: Jedes Bundesland hat mindestens ein Spezialeinsatzkommando (vorher Sondereinsatzkommando), in Bayern gibt es zwei



Personal: ca 80 Personen

Taschenausrüstung: Pistolen Glock, Walther, Maschinenpistolen HK, Atemschutz, Schild

Einsätze: 1972 nach Olympiaattentat Gründung, 1986 Wackersdorf, 2016 Georgsmünd Reichsbürger

USK: Ihr Einsatzkonzept: „Die Unterstützungskommandos wenden sich vom statischen Einsatz weitestgehend ab und gehen grundsätzlich offensiv vor; sie lassen sich nicht in defensive Positionen drängen. Angriff ist die beste Verteidigung!“

Einsätze: Demonstrationen, Fußballhooligans, Razzien Stürmungen, Gefangenentransporte, z.B. 1987 Wackersdorf, 1992 G7 München Einkesselung, Anti-Siko in München, 2007 Mittenwald Proteste während Militärgottesdienst, 2010 Fussballspiel München, 2012 Greuther Fürth Fussballspiel, 2014 Fotos mit rechten Symbolen im USK Auto, 2015 Anti-Pegida Nürnberg Einkesselung und Fotos, 2015 G7 Elmau, 2017 G20 Hamburg



Zentren in Bayern: Dachau, München, Nürnberg, Würzburg, Farbe dunkelblau, Zentrale Bamberg

Ausrüstung: Maschinenpistolen, Gewehre HK, Pistole, keine individuelle Kennzeichnung, Sturmhauben

Personal: ca. 500 in Bayern (? nicht gesichert)

Die **politische Polizei** in Deutschland besteht aus Bundesamt für Verfassungsschutz, zweiter großer Dienstsitz in Berlin Treptow für Terrorbekämpfung eröffnet, alter Dienstsitz in Köln: „Spionageabwehr und Links- und Rechtsextremismus“, letzte Skandale: 2014 Edward Snowden: Beihilfe zu US-Geheimdienst NSA, 2016 Berliner Breitscheidplatz Attentat: Anis Amri, NSU: Die NSU Akte soll für 120 Jahre weggeschlossen werden

Bundeswehr (BW): Die Militärausgaben weltweit im vergangenen Jahr sind auf 1,74 Billionen US-Dollar gestiegen. Globaler Spitzenreiter sind die USA mit Ausgaben in Höhe von 610 Milliarden Dollar. Russland fährt seine Militarisierung um 20 % auf 66,3 Milliarden Dollar zurück. Die deutschen Militärausgaben stiegen von 2014 bis 2017 um 11,2 Prozent. Die Bundeswehr ist auf Aufrüstungskurs.

Bundeswehreinsätze im Inneren:

Laut GG Art 35 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 bei Katastrophenhilfe, das bedeutet auch für Terroranschlag, und „Innerer Notstand“ (Art 87 a IV GG): „Wenn die demokratische Grundordnung beziehungsweise der Bestand der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar gefährdet ist, darf die Bundeswehr zum Schutz ziviler Objekte (zum Beispiel Schulen, Bahnhöfe und Flughäfen) und zur Bekämpfung von sogenannten Aufständischen mit spezifisch militärischen Waffen eingesetzt werden.“ 2016: Union und SPD beschließen auch Einsätze bei größeren Anschlägen

Einsätze: G8 Gipfel in Heiligendamm 2007: Einsatz der Luftwaffe gegen

Demonstranten ohne Auftrag und Information des Kriegsministeriums, Juli 2016

Attentat in München: Feldjäger und Sanitäter der Bundeswehr, anschließende

Bürgerkriegsübung in der ganzen Stadt, März 2017 Gemeinsame Übungen mit Polizei

bundesweit Getex bei Murnau unter Kommando der BW, 2010 Strukturreform der BW, 2011 Wehrdienst aufgehoben, stehendes Heer

Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr): Reservistenverbände stehen in Bayern in jedem Regierungsbezirk für den Bedrohungsfall

Die Bundeswehr nistete sich mit Verbindungsoffizieren (VO) in der zivilen Verwaltung ein. In allen Landkreisen, Regierungsbezirken und Landesregierungen gibt es Stützpunkte sogenannter Verbindungsoffiziere (VO), die Einfluss auf die lokale Politik ausüben und sich in „Bedrohungslagen“ die Rettungs- und Hilfsdienste unterordnen.

Personal: 250.000 Soldaten, 117.000 Zivil, 100.00 Reservisten

Der verlängerte Arm der Staatsmacht

Das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK) und die entsprechenden Landesämter stützen sich auf freiwillige Helferinnen und Helfer. Das Amt arbeitet in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) eng mit dem Kommando für territoriale Aufgaben der Bundeswehr zusammen.

- Feuerwehren
- Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG)
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
- Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH): Ehrenamt: 33.000, 20.000 Hauptamtliche, 1,2 Mio Mgl, organisieren Bundesfreiwilligendienst und Freiwilliges soziales Jahr
- Malteser-Hilfsdienst (MHD): Malteser Deutschland gGmbH: 50.000 Freiwillige, 30.000 Angestellte, 960.000 Mgl, Unterstützung Sanitätsdienst der BW, amtl. Auskunftsbüro für Migration, Bildung Schnelleinsatzgruppen, auch im Ausland (1957 an der Grenze Ungarnkrise, bis 1975 in Südvietnam während des Vietnamkriegs). Die Rolle der Hilfsdienste, hier des „Wohlfahrtsverbandes“ Malteser wurde wieder einmal deutlich, als im März in Donauwörth Geflüchtete die nächste Abschiebung eines ihrer Kollegen verhindern wollten und tags darauf von der Polizei in ihrem Lager angegriffen wurden. Die Sozialarbeiter unterstützten die Polizei bei der Identifizierung Einzelner.
(<http://antifra.blog.rosalux.de/donauwoerth-massive-polizeigewalt-gegen-gefluechtete/>)
- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)
- Organisation der Regieeinheiten/-einrichtungen der Katastrophenschutzbehörden (ARKAT)
- Schützenvereine
- Reservisten

Als organisierte militarisierte Teile der Bevölkerung, als möglicher Hauptstütze des Faschismus, stehen bereit:

aktuell

bewaffnet oder an
Waffen ausgebildet

2,085 Mio

in zivilen Organisationen
zunehmend unter mil. Führung 3,585 Mio

Gesamt 5,67 Mio, = 6,9% der Gesamtbevölkerung (82,67 Mio)

Zum Vergleich 1933

NSDAP April 33 2,5 Mio

SA 400.000

HJ 108.000

Reichswehr 100.000

Stahlhelm 1930 500.000

TN (heute THW) 186.000

Rotes Kreuz 1,4 Mio

Gesamt 3,44 Mio = 5,7% der Gesamtbevölkerung (62,41 Mio)

politische Maßnahmen und juristische Vorbereitungen

- 1968 Notstandsverfassung, Hunderttausende protestieren und kämpfen die schlimmsten Auswüchse weg
- 2005 Schäuble fordert die vorsorgliche Ingewahrsamnahme von Gefährdern
- 2008 BKA-Gesetz: Überwachung, Aussetzung des Richtervorbehalts bei „drohender“ Gefahr
- 2009 GTAZ (ohne Gesetz eingeführt): verfassungswidrige Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizeien auf Bundes- und Länderebene
- 2009 FamFG: Gerichtsbarkeit für Familiensachen und freiwillige Gerichtsbarkeit, spezialisiert auf Freiheitsentzug von psychisch Kranken außerhalb der Strafprozesordnung wird eingerichtet
- Januar 2017 bayerisches „Integrationsgesetz“ = völkisches Leitkulturgesetz: Polizei kann „Integrationsunfähige“ (Migranten und Menschen, deren Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung in Frage steht!) mit Geldbuße von € 50.000 und Zwang zur Unterweisung belegen, ohne Richtervorbehalt
- Juli 2017 Änderung § 113 und 114 des Strafgesetzbuches (StGB), führt neues Delikt „tätlicher Angriff gegen Vollstreckungsbeamte von Polizei und Rettungsdiensten“ (obwohl bisher geschützt gegen versuchte Körperverletzung wie andere Menschen auch), Anhebung der Strafe auf mindestens sechs Monate, wenn gemeinschaftlich begangen. Definitionshoheit liegt bei der Polizei. Richtersprüche zeigen, dass auch ohne Verletzungsabsicht bei bloßer Teilnahme an einer Widerstandshandlung (Streikposten, Demonstration) verurteilt wird.
- August 2017 Änderung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG), Wiedereinführung der Schutzhaft von drei Monaten, jeweils um drei Monate verlängerbar bei „drohender Gefahr“, das PAG unterliegt der FamfG, d.h. der Richter ist nicht an die Strafgesetzbuchordnung gehalten (Beweiswürdigung, Anhörung, Pflichtverteidiger), sondern kann nach polizeilicher Aktenlage entscheiden.

- April 2018 Bayerisches Psychisch Krankenhilfegesetz (BayPsachKHG) interniert und kriminalisiert psychisch Erkrankte und leistet dem Freiheitentzug durch Psychiatrisierung von Widerständlern, „Gefährdern“, Vorschub.
- März 2018: Im Koalitionsvertrag wird ein Muster-Polizeiaufgabengesetz für alle Bundesländer beschlossen. Anschließend kündigt der neue Innenminister Seehofer an, dies nach dem Vorbild des Vorreiters Bayern zu entwerfen.
- Mai 2018 letzte Änderung des bayerischen PAG verleiht der Polizei weitere, auch geheimdienstliche Möglichkeiten: Kontaktverbot und Aufenthaltsgebot, Kontopfändung verhängen, Daten im Netz oder durch Eindringen in Wohnung und digitale Geräte sichten, speichern und ändern (!), Kameras und Mikrophone in Wohnungen anbringen usw. usw.
- Sommer 2018: Dem Koalitionsvertrag folgend wird Seehofer in Bayern die ersten so genannten „Anker-Zentren“ einrichten für Geflüchtete, in den zwei bisher bestehenden bayerischen Lagern in Manching-Ingolstadt und Bamberg klagen Helfergruppen, dass ihnen der Zutritt verwehrt wird, die Geflüchteten sind privaten Sicherheitsdiensten und staatlich gesteuerten „Hilfsorganisationen“ ausgeliefert.

Die geschilderten materiellen und juristischen Vorbereitungen der offenen Gewaltherrschaft des Monopolkapitals gehen also einher mit Lagerhaltung von Geflüchteten, (noch) nicht legitimierten Übergriffen der Polizei. Dabei dienen Attentate dienen als willkommene Anlässe für Bürgerkriegsübungen und weitere Eingriffe in bürgerliche Grundrechte.

Sie sind begleitet von einer propagandistischen Aufrüstung gegen Migranten und besonders Muslime, mit einer Panikmache vor („migrantischer“, „extremistischer“) Kriminalität, die jeder Statistik widerspricht, und willkürlichen Antisemitismusvorwürfen.

Es passt ins Bild, dass das Lager der faschistischen Bewegung (nicht zu verwechseln mit staatlichem Faschismus an der Macht) durch Pegida, AfD, NSU etc. stark angewachsen ist.

Notstand der Republik - Ökonomische Ursachen

Massenarbeitslosigkeit wird vorhergesagt

- durch Zusammenbruch der **Autoindustrie**, des Individualverkehrs: 5,9 Mio Arbeitsplätze hängen von der Automobilindustrie ab (auch Zulieferer, Chemie, Infrastruktur, Straßenbau etc.), BRD ist das Exportland, dieser hängt vornehmlich vom Automobilexport ab. Auch die Umrüstung auf Elektromobilität kann den Zusammenbruch nicht verhindern, es fehlen die Ressourcen (technisches Problem, Strom zu speichern). Der Individualverkehr nähert sich dem Ende der Sackgasse, ist von einer Mobilitätsfaktor durch völlige Überlastung zu einem Stillstandsmittel geworden. Die gesellschaftliche sinnvolle Umstellung auf Massen- und Schienenverkehr wird unter kapitalistischen Bedingungen nicht vollzogen, da damit zu geringe Profite zu erzielen sind.
- durch **nächste Etappe der Automatisierung**

InDiBaBank sagte 2012 den Verlust 18 Mio Arbeitsplätzen voraus (z.Z. 40 Mio. Beschäftigte in Deutschland), diese Zahl ist offiziell, z.B. von Bundesagentur für Arbeit, anerkannt. Inzwischen liegen die Schätzungen höher. Die Technik entwickelt sich schneller als prognostiziert.

Millionen Arbeitslose werden revoltieren. Das von Kapitalistenseite vorgeschlagene Bedingungslose Grundeinkommen überträgt die Kosten der Ernährung der überflüssigen Millionen den in Arbeit Verbliebenen (über Steuer und Staatsverwaltung), wird das Problem der Ernährung und Unzufriedenheit der Überflüssigen nicht lösen.

Was tun?

Zurück zu den Lehren, die wir aus der Geschichte ziehen müssen. Wir haben die historischen Erfahrungen und Vordenker. Unseren Genossen damals hatten dies nicht und sahen doch so viel klarer:

Clara Zetkin schrieb schon 1923 angesichts des italienischen Faschismus: *Es wäre verkehrt, wollten wir uns durch das historische Begreifen des Faschismus zur Untätigkeit, zum Abwarten, zur Einstellung des Rüstens und des Kampfes wider ihn bestimmen lassen. Sicherlich, der Faschismus [...] vermag nur vorübergehend ein Klassenkampfinstrument der Bourgeoisie zu sein, nur vorübergehend die Macht des bürgerlichen Staates gegen das Proletariat illegal oder auch legal zu stärken. Es wäre jedoch sehr verhängnisvoll, wollten wir in der Rolle von klugen und ästhetischen Zuschauern seinen Verwesungsprozeß abwarten. Umgekehrt, es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen Prozeß mit allen Mitteln vorwärtszutreiben und zu beschleunigen.*

Und Dimitroffs berühmte Rede von 1935 liest sich wie eine Antwort auf unsere aktuellen Fragen: *Der Faschismus an der Macht [...] ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. [...] Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. [...]*

Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch eine andere Form - durch die offene terroristische Diktatur. [...]

Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen. Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben. Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache,

daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.

Wann der Faschismus an die Macht kommt, wann das Monopolkapital auf eine andere Hauptstütze umsteigt, also die Sozialdemokratie ihre historische Aufgabe der Befriedung der Arbeiter erfüllt hat, weiß heute niemand. Ist es 5 vor 12, oder 10 vor 12 oder Viertel vor 12 oder 1 Minute vor 12? Es muss unter uns Antikapitalisten aber völlig klar sein, dass jedes Anzeichen einer Faschisierung von uns wahrgenommen und entschieden bekämpft werden muss. Die Hunderttausende, die gegen die Notstandsgesetze auf die Straße gingen, die Gewerkschaftskongresse in den späten 60er Jahren gegen den „Notstand der Demokratie“ wussten das.

Warum sind wir so verzagt? Leider haben sich SAV in München und andere trotzkistische Organisationen nicht in den kämpferischen Roten Block eingereiht, lieber versucht, der Jugend die Sprechchöre zu untersagen. Damit haben wir ein ernstes Problem auch hier in unseren antikapitalistischen Reihen.

Lernen wir noch einmal aus der Geschichte und studieren die erfolgreiche Volksfrontpolitik in Frankreich und Großbritannien. Wo müssen wir heute angreifen, wenn wir Faschismus verhindern wollen und wenigstens einen Zeitgewinn erreichen wollen?

Einzelne Gesetze wie das bayerische Polizeiaufgabengesetz oder gar nur die letzte Novelle anzugreifen und die Regierung zu bitten, diese zurückzunehmen, ist die Haltung der SPD und Grünen und des noPAG-Bündnisses in München. Die SPD hat sich im Bundestag enthalten, als das Strafgesetzbuch verschärft wurde! Die Schutzhaft, seit August 2017 im Bayerischen Polizeiaufgabengesetz, wird im Aufruf des noPAG-Bündnis nicht mehr erwähnt. In München tritt unser Landessprecher Ates Gürpınar mit SPD und Grünen nur auf dem noPAG-Bündnis und ohne weiter gehende Formulierungen auf.

In Bayern wird am 14. Oktober das Landesparlament gewählt, die CSU muss raus aus der Regierung! Jede neue Regierung muss das gesamte Polizeiaufgabengesetz, das völkische Leitkulturgesetz zurücknehmen. Dazu müssen sich SPD, Grüne, LINKE vor der Wahl verpflichten. Das wär doch mal ein Ansatz zu einer Volksfrontregierung.

Renate Schiefer
Mitglied Sprecher*innerat
AKL Bayern
24.5.2018